

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 26 (1950-1951)
Heft: 3

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER MONAT

BLICK AUF DIE SCHWEIZ

Peter Dürrenmatt

RICHTIGE UND FALSCHE ORDNUNG

Die Fragen der Beziehungen zwischen *Staat und Wirtschaft* nehmen in der letzten Zeit in den öffentlichen Diskussionen wieder einen breitern Raum ein. Je unsicherer die Weltpolitik erscheint, desto fühlbarer wird es für uns alle, daß die Eidgenossenschaft eine Schicksalsgemeinschaft bildet und daß Schwache und Starke sich vermehrte Rücksichten aufeinander angedeihen lassen sollten.

Diese Frage nach dem Rücksichtnehmen hat indessen ihre ausgesprochen politische Seite. Sie ergibt sich daraus, daß eben nicht alle Leute aus freien Stücken bereit sind, Rücksichten zu nehmen und zu geben, und daß deshalb der Bund seinerseits zum Rechten sehen muß. Wollen wir aber in politischer Hinsicht im Innern gesund bleiben, so setzt das voraus, daß sich die staatliche Aufsicht und der private Wille in den Fragen der Rücksicht die Waage halten. Dieses Gleichgewicht wiederum muß fast täglich neu überprüft werden.

Zurzeit läßt sich das Gleichgewichtsproblem der schweizerischen Wirtschaftspolitik an zwei Problemen verfolgen. Anfang des nächsten Jahres wird das Schweizer Volk über die sogenannte *Autotransportordnung* abzustimmen haben, und ferner haben die Auseinandersetzungen um die Botschaft des Bundesrates betreffend Maßnahmen zum Schutz der *Uhrenindustrie* begonnen. Die Autotransportordnung ist immer noch notrechtlich begründet und soll, falls das Volk zustimmt, noch einmal verlängert werden, bis die endgültige Ordnung ausgearbeitet ist.

Es bietet in der Schweiz aus mancherlei Gründen besondere Schwierigkeiten, ein Verkehrsgesetz zu schaffen, an dem alle Interessierten Freude haben. Das größte schweizerische Verkehrsunternehmen sind die Bundes-

bahnen. Geht es diesen schlecht, so belastet das die öffentlichen Finanzen und damit den Steuerzahler. Deshalb muß eine Ordnung gefunden werden, die andere Verkehrsmittel gewähren läßt, ohne die Bahnen konkurrenzunfähig zu machen. Die ATO ist eine Station auf diesem Weg und nach langen Verhandlungen unter den Interessenten zustande gekommen. Sie ist ein Kompromißwerk, das den Verhältnissen gerecht wird und Zustimmung verdient.

Beim Schutz für die Uhrenindustrie geht es um das Dasein eines Wirtschaftszweiges, der die Schweiz auf den Märkten der ganzen Welt bekannt gemacht hat. Seit Jahrzehnten versucht das Ausland, die beherrschende Stellung der Schweiz auf den Uhrenmärkten zu brechen. Dabei trachtete die ausländische Konkurrenz darnach, unsere Uhrenmaschinen in die Hand zu bekommen. Darauf verbot der Bund deren Ausfuhr. Diese und andere Schutzmaßnahmen wurden notrechtlich erlassen und sollen jetzt Gesetzeskraft erhalten. Es erweist sich indessen in der Vorlage des Bundesrates, daß über den notwendigen Schutz hinausgegangen wird und Maßnahmen vorgesehen sind, die zünftisch anmuten. Die Uhrenindustrie würde nach den Absichten dieser Vorlage nicht nur gegen ausländische Versuche geschützt, die sie zerstören möchten, sondern der Wettbewerbsgedanke würde innerhalb dieser Wirtschaftsgruppe selbst ausgeschaltet. Auch in sozial-politischer Hinsicht ist der Entwurf starr und bürokratisch. Vielleicht war es ganz gut, daß er so extrem staatsbezogen formuliert worden ist. Dadurch ist die Diskussion angeregt worden. Sie kann zu einer grundsätzlichen Klärung über die Beziehungen von Staat und Wirtschaft heute werden.